

## 16. Armutsgefährdung

Matthias Till  
Georg Datler  
Thomas Glaser  
Richard Heuberger  
Elisabeth Kafka  
Nadja Lamei  
Magdalena Skina  
  
Statistik Austria

### Inhaltsverzeichnis

16.1.	Einleitung .....	238
16.2.	Armut als Unterstützungsnorm .....	238
16.3.	Armutsgefährdung aufgrund geringen Einkommens .....	239
16.4.	Die Wirksamkeit sozialstaatlicher Interventionen .....	244
16.5.	Armutsgefährdung in Österreich und der Europäischen Union .....	247
16.6.	Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation in Österreich .....	248
16.7.	Armutslagen in ausgewählten Risikohaushalten .....	251
16.8.	Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich .....	253

## 16. Armutsgefährdung

### 16.1. Einleitung

---

Dieser Beitrag fasst die aktuellsten Ergebnisse aus EU-SILC 2006 zusammen und setzt die mit dem EU-Beitritt Österreichs und dem damaligen Europäischen Haushaltspanel (ECHP) begonnene Armutsberichterstattung fort.<sup>12</sup> Die regelmäßige Berichterstattung über Armut in Österreich ist eng mit der Sozialpolitik der Europäischen Union verbunden. Angesichts der unterschiedlichen historischen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten wurde eine offene Methode der Koordinierung (OMK) zur Abstimmung der nationalen Sozialpolitiken gewählt. Dabei verpflichten sich die Mitgliedstaaten zu gemeinsamen Zielsetzungen, entscheiden aber selbst über die konkreten Strategien und Maßnahmen in ihrem Land. Ziel dieser Methode ist es, Prozesse der sozialen Ausgrenzung besser zu verstehen und einen Erfahrungsaustausch über bewährte Strategien zu ermöglichen.

Europäische Institutionen haben Beobachtungsinstrumente geschaffen, um die Verwirklichung von Zielen anhand von Indikatoren messen zu können. Damit die benötigten Daten verfügbar sind, haben das europäische Parlament und der Rat

eine gemeinsame Verordnung (1177/2003) erlassen. Sie verpflichtet alle Mitgliedsstaaten dazu, Statistiken zu Einkommen und Lebensbedingungen zu erstellen. Für Österreich führt Statistik Austria seit dem Jahr 2003 jährlich die EU-SILC Erhebung durch. Die Befragung wurde bis 2007 gemeinsam mit Eurostat und seit dem Jahr 2008 zur Gänze vom Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (BMSK) finanziert. Weil die gemeinsamen EU-Indikatoren den nationalen Problemfeldern nur teilweise gerecht werden, sieht die offene Methode der Koordinierung auch die Entwicklung nationaler Indikatoren zur Messung sozialer Eingliederung vor. Statistik Austria wurde deshalb vom BMSK beauftragt, in Zusammenarbeit mit einem Beirat aus Fachleuten, Interessenvertretungen und der Armutskonferenz einen Indikatorenkatalog zu erstellen. Die Ergebnisse dieser unter breiter Einbindung von institutionellen Akteuren und Betroffenen entwickelten nationalen Indikatoren für soziale Eingliederung fließen ebenfalls in diesen Beitrag ein.

### 16.2. Armut als Unterstützungsnorm

---

Armut ist keine Eigenschaft einer Person sondern basiert auf einer Zuschreibung. Bedürftige Menschen sollen unterstützt werden. In welcher Situation Unterstützung gewährt werden soll und wie Hilfe organisiert wird, spiegelt den Wandel einer Gesellschaft wider. In einfachen Gemeinschaften überwiegt die direkte, persönliche Unterstützung unter Familienmitgliedern. In komplexen Gesellschaften wird Sozialschutz und Armenfürsorge hingegen von spezialisierten staatlichen oder privaten Institutionen professionell abgewickelt. In stark von Armut geprägten Ländern kann Unterstützung darin bestehen, Menschen vor dem Hungertod zu retten. Moderne Industriegesellschaften zeichnen sich dagegen durch einen höheren Anspruch und bessere finanzielle Möglichkeiten für die Wahrung der menschlichen Würde und des sozialen Friedens aus.

Die europäische Sozialpolitik und ihre Berichterstattung hat heute eine wichtige Rolle bei der Herausbildung von konkreten Normen für soziale Unterstützung übernommen. Armut wird dabei als ein Mangel an Ressourcen verstanden. Unterstützt werden sollen Menschen, die aufgrund ihrer geringen Mittel von einer normalen Lebensführung ausgeschlossen sind. In der Konsumgesellschaft ist das oft eine Frage des Geldes. Menschen die über wenig Geld verfügen, gelten sowohl im Hinblick auf Bedürftigkeit als auch im Hinblick auf Unterstützungsmöglichkeiten als arm.

Zu unterscheiden ist zwischen dem Mangel an finanziellen Mitteln und dem daraus resultierenden Ausschluss aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen. In der internationalen Forschung werden Benachteiligungen gegenüber einer normalen, in einer Gesellschaft als selbstverständlich ange-

---

12. Eine umfassendere Darstellung von Ergebnissen findet sich in Statistik Austria (2008): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Wien.

nommenen Lebensführung als Deprivation bezeichnet. Ein Mangel an Mitteln führt dabei vor allem zu Einschränkungen beim materiellen Lebensstandard. Doch selbst hier ist Deprivation nicht ausschließlich als Folge geringer finanzieller Mittel anzusehen. Entscheidend ist unter anderem, ob die finanziellen Möglichkeiten vorübergehend oder dauerhaft beschränkt sind. Wer jung, gesund und erwerbstätig oder in Ausbildung ist, hat in der Regel bessere Zukunftsperspektiven als etwa erwerbsunfähige Personen. Gesundheit, Bildung oder die Teilnahme am Erwerbsleben sind deshalb Aktivierungsressourcen, also nicht-monetäre Mit-

tel. Sie sind eine Voraussetzung, die es Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen ermöglicht, aus eigener Kraft eine normale Lebensführung zu erreichen.

Insgesamt kann der Begriff Armut für eine Vielzahl an benachteiligten Lebenslagen verwendet werden. Mangel an finanziellen Mitteln und Aktivierungsressourcen einerseits, sowie deprived Lebensführung andererseits werden als Anzeichen einer Armutslage betrachtet, also als eine Lebenssituation, in der unterstützende Interventionen angebracht sind.

### 16.3. Armutsgefährdung aufgrund geringen Einkommens

Nach der EU-Berichterstattung wird der Mangel an Geld über das in einem Haushalt im Laufe eines Jahres verfügbare Nettoeinkommen definiert. Alle Personen, deren jährliches Haushaltseinkommen geringer ist als 60% des Medianlebensstandards, gelten als armutsgefährdet. Vermögensbesitz oder Schulden bleiben unberücksichtigt. Als Einkommen werden insbesondere Erwerbseinkünfte, Kapitalerträge, Pensionen und Transferleistungen gezählt, Transfers an andere Haushalte (z.B. Alimente) vom verfügbaren Einkommen werden abgezogen.<sup>13</sup> Leben mehrere Personen in einem Haushalt werden alle ihre Einkünfte zusammengezählt. Ein Maß für den Lebensstandard ergibt sich, wenn das Haushaltseinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte geteilt wird. Nach der sogenannten EU-Skala erhöht sich das Bedarfsgewicht eines Einpersonenhaushaltes mit jedem zusätzlichen Erwachsenen um 0,5 und mit jedem Kind um 0,3.<sup>14</sup> Das sogenannte äquivalisierte Einkommen kann auch als fiktives Pro-Kopf-Einkommen bezeichnet werden. Der Medianlebensstandard wird so berechnet, dass die Hälfte aller Personen einen geringeren, die andere Hälfte einen besseren Lebensstandard hat. Die Einkommensgrenze, ab der ein Haushalt als armutsgefährdet gilt, wird von Statistik Austria nach Vorgaben von Eurostat jedes Jahr neu berechnet und variiert je nach Haushaltszusammensetzung. Für einen Einpersonenhaushalt wurde für das Jahr 2005 eine Armutsgefähr-

dungsschwelle von 10.711 EUR pro Jahr berechnet. Auf 12 Monate umgerechnet entspricht dies einem Betrag von 893 EUR pro Monat. Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt erhöht sich dieser Wert um 447 EUR, für jedes Kind um 268 EUR pro Monat.<sup>15</sup>

#### Armutsgefährdungsschwellen für das Einkommensjahr 2005

Haushaltstyp	Jahreswert (in EUR)	Monatswert (in EUR)
Einpersonenhaushalt	10.711	893
1 Erwachsener + 1 Kind	13.924	1.160
2 Erwachsene	16.067	1.339
2 Erwachsene + 1 Kind	19.280	1.607
2 Erwachsene + 2 Kinder	22.493	1.874
2 Erwachsene + 3 Kinder	25.706	2.142

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006

Diese Definition von Armutsgefährdung schließt die sogenannte Anstaltsbevölkerung explizit aus. Insbesondere Armutslagen von Asylwerbenden, Wohnungslosen und Menschen in Alters- oder Kinderheimen sowie Studierenden werden nicht erfasst. Andere Personengruppen werden in EU-SILC nur schlecht repräsentiert, wie beispielsweise Sozialhilfebeziehende sowie Personen, die aufgrund von gesundheitlichen Problemen oder Sprachbarrieren nicht an der Erhebung teilnehmen konnten.<sup>16</sup> Spezielle Armutslagen können auch

13. Bei den Erwerbseinkünften sind - abgesehen von erheblichen Erfassungsproblemen - prinzipiell auch nicht-monetäre Leistungen sowie Schattenwirtschaftseinkommen enthalten. Nicht berücksichtigt ist hingegen die gesamte Produktion für den Eigenbedarf, z.B. bei Landwirten; ebenso unberücksichtigt sind (derzeit) die Kostenersparnisse bei Wohnungseigentum (imputierte Mieten).

14. Die Bedarfsgewichte werden von Eurostat konventionell angewendet, sind aber willkürlich gewählt. Sie entsprechen den impliziten Bedarfsgewichten bei Sozialleistungen im Durchschnitt der OECD Länder und werden in Österreich auch annähernd bestätigt durch einen Vergleich des subjektiv angegebenen Einkommensbedarfes von Mehrpersonenhaushalten im Vergleich zu Einpersonenhaushalten.

15. Die hier berichtete Erhebungsschwelle wurde im Jahr 2006 durchgeführt, die Einkommenswerte beziehen sich jedoch auf das Jahr 2005. Eine preisbereinigte Schätzung wurde nicht vorgenommen.

16. Das Gewichtungungsverfahren kontrolliert den Ergebnisbeitrag von Risikogruppen. Eine selektive Teilnahme an der freiwilligen Erhebung innerhalb dieser Gruppen ist dennoch wahrscheinlich. Beispielsweise werden von einer Exekution bedrohte Personen anders auf das Erhebungspersonal der Bundesanstalt Statistik Österreich reagieren, als Personen die nur vorübergehend arbeitslos sind.

durch erhöhten Geldbedarf beispielsweise für Pflegekosten, Schuldentilgung, Spiel- oder Drogensucht usw. entstehen. Dies ist in vielen Fällen klar erkennbar an einer deprivierten Lebensführung, aber nicht unbedingt an der Armutsgefährdung durch ein niedriges Einkommen.

EU-SILC ist eine Stichprobenerhebung.<sup>17</sup> Unter Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbreite ergibt die Hochrechnung eine Armutsgefähr-

dungsquote in einem Bereich zwischen 11,6% und 13,5%. Dies entspricht einer Gesamtzahl von 952.000 bis 1.102.000 Personen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Die Schätzung liegt also um einen Wert von 12,6%.<sup>18</sup> Das mittlere Einkommen der Armutsgefährdeten liegt 15% unter dem Schwellenwert. Dies gibt die sogenannte Armutsgefährdungslücke an.

### Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen

	Armutsgefährdete (in 1.000)	Armutsgefährdungs- quote (%)	Armutsgefährdungs- lücke (%)
<b>Gesamt</b>	<b>1.027</b>	<b>13</b>	<b>15</b>
Männer	440	11	18
Frauen	587	14	14
Kinder und Jugendliche (bis 19)	257	14	17
Erwachsene (20-64)	555	11	19
SeniorInnen (65+)	214	16	13

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006.

Gefährdungsrisiken sind nicht gleichmäßig über die Bevölkerung verteilt. So sind Frauen häufiger gefährdet als Männer. Kinder, Jugendliche und ältere Menschen haben ein höheres Risiko als Personen im Haupterwerbssalter. Auch Menschen mit ausländischer Herkunft, geringer Bildung, in Single- oder Ein-Eltern-Haushalten sind besonders häufig armutsgefährdet. Für Personen mit Hochschulabschluss oder Matura oder Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder besteht hingegen eine geringere Gefährdung.

Im Folgenden werden die drei unmittelbaren Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung beschrieben: Erwerbsstatus, Haushaltszusammensetzung und der Bezug von Sozialleistungen.

#### Arbeitsmarkteinbindung und Armutsgefährdung im Erwerbssalter

Personen im Erwerbssalter erzielen das Haushaltseinkommen vor allem durch die eigene Einbindung in den Arbeitsmarkt und die Erwerbsintensität anderer Haushaltsmitglieder. Das Risiko, armutsgefährdet zu sein, ist deshalb für nicht erwerbstätige Personen im Erwerbssalter mehr als doppelt so hoch wie bei den Erwerbstätigen.

Das Erwerbseinkommen steigt mit der Qualifikation und der beruflichen Stellung. Personen ohne weiterführende Schulbildung oder HilfsarbeiterInnen weisen die höchste Gefährdung unter den

unselbständig Erwerbstätigen auf. Bereits in der mittleren Qualifikationsebene wird eine im Vergleich zu allen Erwerbstätigen unterdurchschnittliche Armutsgefährdung festgestellt. Durch geringe Bildung und Einsatz in wenig qualifizierten Jobs sind AusländerInnen besonders benachteiligt. Der monatliche Bruttolohn der AusländerInnen ist um 400 EUR niedriger als jener der ÖsterreicherInnen. Letztendlich haben erwerbstätige AusländerInnen mit 17% ein doppelt so hohes Gefährdungsrisiko wie erwerbstätige ÖsterreicherInnen (8%).

Erwerbstätigkeit verringert die Armutsgefährdung insbesondere bei Vollzeitbeschäftigungen und höherer Qualifikation. Prekäre Beschäftigungsformen, bei denen Personen unregelmäßig, mit stark eingeschränkter Normalarbeitszeit oder einem niedrigen Stundenlohn beschäftigt sind, erhöhen das Gefährdungsrisiko.

Von insgesamt rund 5 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren sind etwa 555.000 Personen (11%) armutsgefährdet. Etwa 3,8 Millionen Personen im Erwerbssalter waren im Jahresverlauf erwerbsaktiv, das heißt sie waren entweder während des ganzen Jahres oder nur einige Monate selbständig oder unselbständig erwerbstätig oder arbeitslos. Von diesen Personen sind rund 358.000 (9%) armutsgefährdet. Somit sind 65% al-

17. Im Jahr 2006 haben 6.028 Haushalte an der Befragung teilgenommen.

18. Zur besseren Lesbarkeit werden die folgenden Werte gerundet und auf die Angabe von Schwankungsbreiten verzichtet. Die Standardabweichung für Armutsgefährdungsquoten liegt bei der Hälfte der Standardindikatoren unter 0,9 Prozentpunkten. Als Daumenregel ist daher ein Intervall von +/-2% Punkten um den jeweils angeführten Wert anzunehmen.

## Erwerbseinkommen und Armutsgefährdung von unselbständig Erwerbstätigen

	Gesamt (=100%)	monatl. Erwerbseinkommen brutto	Armutsgefährdung
	in 1.000	Median in EUR	Quote in %
<b>Unselbständige gesamt</b>	<b>3.075</b>	<b>1.800</b>	<b>8</b>
<b>Bildung</b>			
max. Pflichtschule	430	1.251	17
Lehre/mittlere Schule	1.693	1.750	6
Matura	601	2.000	9
Universität	352	2.757	5
<b>Berufliche Stellung</b>			
Hilfsarbeit	681	1.300	14
Facharbeit	892	1.677	7
Mittlere Tätigkeit, Meister	616	1.860	3
Höhere Tätigkeit	474	2.500	3
Hochqualifizierte Tätigkeit	308	3.200	1
<b>Staatsbürgerschaft</b>			
Österreich	2.753	1.800	7
davon eingebürgert	156	1.400	17
Nicht Österreich	323	1.446	16
davon:			
EU/EFTA	77	1.700	10
sonstiges Ausland	245	1.400	17
<b>Prekäre Beschäftigung</b>			
unregelmäßig beschäftigt	268	1.300	18
Teilzeit <12h	78	300	26
Niedriglohnbeschäftigung	140	605	27
davon über 34h beschäftigt	84	896	22

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006. Unselbständig Beschäftigte im Erwerbsalter (20 - 64 Jahre). Median des monatlichen Brutto-Erwerbseinkommens zum Zeitpunkt der Erhebung. Teilzeit <12h, Niedriglohnbeschäftigung: Stundenlohn so gering, dass bei Vollzeitbeschäftigung kein Mindestlohn von 1.000 EUR erzielt wird (ohne Personen mit weniger als 12 Stunden Normalarbeitszeit); unregelmäßig beschäftigt bedeutet, im vergangenen Jahr weniger als 10 Monate beschäftigt oder Werk-/DienstvertragsnehmerIn.

ler Armutsgefährdeten im Erwerbsalter erwerbsaktiv. In vielen Fällen bietet Erwerbstätigkeit also keinen ausreichenden Schutz vor Armutsgefährdung. Wie regelmäßig und in welchem Ausmaß jemand einer Erwerbstätigkeit nachgeht beeinflusst das Armutsgefährdungsrisiko: Während ganzjährig Vollzeitbeschäftigte zu 5% von Armutsgefährdung betroffen sind, steigt der Prozentsatz für jene, die ganzjährig einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, bereits auf 11%. Nicht durchgehend erwerbstätige Personen sind zu 24% armutsgefährdet. Arbeitslosigkeit wirkt sich dabei am stärksten auf das Armutsgefährdungsrisiko aus (43% Armutsgefährdungsquote). Die Gefährdungsquote der Arbeitslosen ist damit sogar höher als jene der ganzjährig nicht erwerbsaktiven Personen. Sie haben eine Gefährdungsquote von 16%, wobei haushaltsführende Personen mit 21% das höchste Risiko aufweisen. Dass die Armutsgefährdung bei nicht er-

werbstätigen Personen geringer ist als bei teilweise erwerbstätigen hängt damit zusammen, dass auch andere Personen zum gemeinsamen Haushaltseinkommen beitragen können.

Die unterschiedlichen Formen von Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit (working poor) sind neben der eigenen Beschäftigungssituation vor allem von der Zusammensetzung des Haushaltes abhängig. Schlechte individuelle Einkommensverhältnisse können sich für den ganzen Haushalt nachteilig auswirken oder durch andere Einkünfte (zum Beispiel Sozialleistungen oder Privattransfers) ausgeglichen werden.

In Haushalten, in denen maximale Erwerbsintensität erreicht wird – das heißt, alle Personen zwischen 20 und 64 Jahren sind durchgehend vollzeiterwerbstätig – liegt das Armutsrisiko bei nur 4%. Bei teilweiser Erwerbstätigkeit, zum Beispiel wenn

## Armutsgefährdung von Personen im Erwerbsalter nach Hauptaktivität im Referenzjahr

	Gesamt (=100%)	Armuts- gefährdung			Lücke
	in 1.000	in 1.000	Anteil in %	Quote in %	in %
<b>Gesamt</b>	5.063	555	100	11	19
<b>Erwerbsaktiv</b>	3.848	358	64	9	20
<b>Ganzjährig erwerbstätig</b>	3.107	182	33	6	18
Vollzeit	2.625	132	41	5	19
Teilzeit	482	51	16	11	18
<b>Nicht ganzjährig erwerbstätig<sup>1)</sup></b>	741	175	32	24	22
<b>Ganzjährig nicht erwerbsaktiv</b>	1.215	198	36	16	16
davon in Pension	539	58	10	11	12
davon in Ausbildung	173	34	6	20	29
davon Haushalt	499	104	19	21	20

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006. - Personen im Erwerbsalter (20 - 64 Jahre).

1) Die Unterkategorien weisen jenen Status aus, den eine Person im Jahr 2005 am längsten hatte. Aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen sind Personen, die hauptsächlich Präsenz-/Zivildienst leisteten und Personen, die zwar Anfang 2005 noch erwerbsaktiv waren, aber den Großteil des Jahres in Pension waren. Teilzeit/Vollzeit: nach der Selbstdefinition der Befragten.

## Armutsgefährdung von Personen im Erwerbsalter nach Erwerbsintensität im Haushalt

	Gesamt	Armuts- gefährdung			Lücke
	in 1.000	in 1.000	in %	in %	in %
<b>Personen im Erwerbsalter gesamt</b>	<b>5.063</b>	<b>555</b>	<b>11</b>	<b>19</b>	<b>19</b>
keine Person ist erwerbstätig	616	195	32	22	22
teilweise Erwerbstätigkeit	2.018	272	13	18	18
alle sind vollerwerbstätig	2.429	89	4	21	21

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006 - Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre), Erwerbsintensität des HH nach Anzahl der Monate in Teil- oder Vollzeit.

jemand das ganze Jahr über vollzeitbeschäftigt ist und eine zweite erwachsene Person im Haushalt einer Teilzeiterwerbstätigkeit nachgeht, ist das Risiko, in Armut zu geraten, bereits erhöht (13%). Am höchsten ist das Gefährdungsrisiko, wenn niemand im Haushalt erwerbstätig ist. Nahezu ein Drittel dieser Personen ist armutsgefährdet.

Eine entscheidende Rolle bei der Armutsgefährdung kommt der Erwerbstätigkeit von Frauen zu. Familien, in denen Frauen nicht erwerbstätig sind, haben ein mindestens doppelt so hohes Gefährdungsrisiko wie Familien mit erwerbstätigen Müttern.<sup>19</sup> Durch Betreuungspflichten und mangelnde außerfamiliäre Betreuungsangebote werden Frauen häufig an der Aufnahme einer (Vollzeit)Erwerbstätigkeit gehindert. Frauen sind nach wie vor häufiger teilzeiterwerbstätig als Männer. Wenn das jüngste Kind mit 4 Jahren ins Kindergartenalter kommt, steigt die weibliche Erwerbsbeteiligung auf rund zwei Drittel an. Erst mit dem Erreichen des Schulalters der Kinder überwiegt die Vollzeitbeschäftigung der Frauen.

## Gefährdete Haushaltskonstellationen

Aufgrund der Kumulation von finanziellen Möglichkeiten und der wechselseitigen Absicherung haben Mehrpersonenhaushalte mit mehreren Einkommensbezügen im Allgemeinen ein verringertes Gefährdungsrisiko. Kinder und Jugendliche sind aber wegen dem erhöhten Einkommensbedarf im Haushalt und der eingeschränkten Erwerbsbeteiligung von Müttern besonders gefährdet.

Ein hohes Risiko haben auch ältere Menschen durch ihre Abhängigkeit von Transferleistungen. Im Gegensatz zu Mehrpersonenhaushalten wirkt sich bei alleine lebenden Menschen ein niedriger Einkommensbezug direkt auf den Lebensstandard aus. Unterschiedliche Einkommenschancen von Männern und Frauen sind hier besonders deutlich. In Einpersonenhaushalten mit Pensionsbezug als Haupteinkommensquelle ist die Armutsgefährdung der Frauen mit 28% sogar rund dreimal so hoch wie jene der Männer (9%). Mit hochgerechnet

19. Vgl. eine ausführlichere Analyse in: Statistik Austria (2008): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Wien.

## Frauenerwerbstätigkeit nach der familiären Situation

	Gesamt in 1.000	Erwerbstätig	Vollzeiterwerbstätig
<b>Frauen gesamt</b>	2.540	66%	39%
Alleinlebens	413	64%	50%
in Partnerschaft ohne Kinder	612	58%	40%
in Partnerschaft + 1 Kind	527	72%	38%
in Partnerschaft + 2 Kinder	517	72%	31%
in Partnerschaft + 3+ Kinder	211	63%	31%
Ein-Eltern-Haushalt	260	72%	45%
jüngstes Kind bis 3 Jahre	216	57%	28%
Kind 4-6 Jahre	157	67%	16%
7 - unter 27 Jahre	796	76%	37%

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus 2006. Teilzeiterwerbstätigkeit nach Selbsteinschätzung der befragten Person - Anmerkung: Im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung wird das genormte LFS Konzept angewendet. Im Unterschied zu EU-SILC enthalten Alleinlebende und Ein-Eltern-Haushalte im Mikrozensus auch Personen in Mehrpersonenhaushalten.

etwa 123.000 armutsgefährdeten Personen ist etwa jede zehnte armutsgefährdete Person eine alleinlebende Pensionistin. Dies ist eine Folge eines auf die Erwerbsarbeit ausgerichteten Pensionsversicherungswesens und der geringen Frauenerwerbsbeteiligung in früheren Generationen. Viele Pensionistinnen, insbesondere Witwen ohne eigene Alterspension, erhalten eine sogenannte Ausgleichszulage. Sie entspricht einem Nettoeinkommen von 8.822 EUR pro Jahr<sup>20</sup>. Das sind um 18% weniger als die Gefährdungsschwelle für Einpersonenhaushalte. Für das Jahr 2007 wurden die Ausgleichszulagenrichtsätze deutlich angehoben und liegen nun näher an der Gefährdungsschwelle von EU-SILC 2006. PensionistInnen, insbesondere mit Pflegebedarf, bleiben aber eine vor allem von sozialen Transferleistungen abhängige Risikogruppe.

Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und mit einem Kind (8%) sowie Mehrpersonenhaushalte mit zwei Kindern (11%) sind vergleichsweise gut vor Armutsgefährdung geschützt. Bei drei oder mehr Kindern im Haushalt beträgt das Gefährdungsrisiko jedoch bereits 16%. Eltern und Kinder, die in einem Ein-Eltern-Haushalt leben, sind zu 27% von Armutsgefährdung betroffen.

Der Zusammenhang zwischen Alter der Kinder, Betreuungsnotwendigkeiten im Haushalt und Frauenerwerbstätigkeit spiegelt sich in der Armutsgefährdung wider: Ist das jüngste Kind im Kindergarten- bzw. Vorschulalter, beträgt die Armutsgefährdung 16% bzw. 17%. Wenn das jüngste Kind das schulpflichtige Alter erreicht hat, verringert sich das Gefährdungsrisiko auf 9%.

## Armutsgefährdung nach Haushaltstyp und Alter der Kinder

	Armutsgefährdung		
	in 1.000	in %	Lücke in %
<b>Gesamt</b>	<b>1.027</b>	<b>13</b>	<b>14</b>
<b>Haushalte mit Pension</b>			
Alleinlebende Männer	(11)	(9)	(13)
Alleinlebende Frauen	123	28	13
MPH	116	12	12
<b>Haushalte ohne Pension</b>			
Alleinlebende Männer	68	19	31
Alleinlebende Frauen	68	22	31
MPH ohne Kinder	151	8	18
MPH + 1 Kind	11	8	26
MPH + 2 Kinder	16	11	14
MPH + 3 Kinder+	12	16	13
Ein-Eltern-Haushalt	9	27	15
<b>Haushalte nach Alter der Kinder</b>			
jüngstes Kind bis 3 J.	185	16	21
jüngstes Kind 4 bis 6 J.	104	17	13
jüngstes Kind über 6 J.	214	9	15

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006. Personen in Haushalten.

Die Erwerbspartizipation von Frauen ist für Familien ein Schlüsselfaktor, um ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen. Ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sind deshalb ein wichtiges Mittel zur Verringerung des Gefährdungsrisikos von Familien.

## Dauerarmutsgefährdung

Der Dauergefährdungsanteil kann für mehrmals befragte Personen berechnet werden (Panellerhe-

20. Der Richtsatz für diese einkommensabhängige Sozialleistung lag im Jahr 2005 bei 662,99 EUR pro Monat. Der Nettobetrag errechnet sich abzüglich Krankenversicherung (4,95%) und für 14 Monatsbezüge.

bung). Mit Daten aus EU-SILC 2006 wurde dieser Indikator erstmals mit einer speziell entwickelten Gewichtung geschätzt: rund 531.000 Personen bzw. 52% der Armutsgefährdeten sind für mindestens zwei aufeinanderfolgende Jahre dauerhaft gefährdet.<sup>21</sup> Aufgrund ihrer Abhängigkeit von

Transferleistungen sind darunter besonders viele Menschen im Pensionsalter. Rund 135.000 Personen ab 65 Jahren haben bereits seit mindestens zwei Jahren ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Das sind nahezu drei Viertel der Armutsgefährdeten dieser Altersgruppe.

### 16.4. Die Wirksamkeit sozialstaatlicher Interventionen

Viele staatliche Interventionen erfolgen durch den Zugang zu Dienstleistungen und Infrastrukturen. Öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit oder Verkehr heben zwar im Allgemeinen den Lebensstandard, tragen aber nicht unmittelbar zum Einkommen der privaten Haushalte bei. EU-SILC erfasst daher nur die monetären Leistungen der öffentlichen Hand.

Staatliche Transferleistungen sind in Österreich überwiegend Versicherungsleistungen, die in der Regel durch Beitragszahlungen begründet sind. Eine bedarfsorientierte Leistung ist dabei die sogenannte Ausgleichszulage. Sie gewährt faktisch einen Mindestlebensstandard, insbesondere für PensionistInnen mit einem sehr niedrigen Pensionseinkommen. Andere Sozialleistungen stehen universell zur Verfügung, um Gruppen mit erhöhten Lebenskosten zu unterstützen. Dies ist beispielsweise beim Pflegegeld oder den Familienbeihilfen der Fall. Das eigentliche Ziel der Armutsreduktion ist vorwiegend bei den Leistungen der Bundesländer wie der Sozialhilfe oder der Wohnbeihilfe erkennbar. Obwohl soziale Unterstützungen breit gestreut sind, stellen sie vor allem für gefährdete Personen die wichtigste Existenzgrundlage dar. Dass die Abhängigkeit von Sozialtransfers bei Haushalten mit geringen Einkommen prinzipiell höher ist, darf aber nicht mit einem absolut höheren Leistungsniveau verwechselt werden.

Durchschnittlich kommen 36% des Einkommens der Privathaushalte aus Leistungen der öffentlichen Hand. Mehr als die Hälfte davon sind Pensionen. In armutsgefährdeten Haushalten kommen 60% des Einkommens aus Sozialleistungen und Pensionen, während nicht Armutsgefährdete immerhin ein Drittel ihres Einkommens aus Transferzahlungen erhalten.

Besonders groß ist der Anteil der staatlichen Transferleistungen bei den rund 1,6 Millionen Menschen in PensionistInnenhaushalten.

Sieht man von den Altersleistungen ab, so bleibt immer noch ein durchschnittlicher Sozialleistungsanteil am Haushalteinkommen von 16%. Bei Familien spielen dabei Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe eine große Rolle. Wenn Kinder unter drei Jahren im Haushalt leben, tragen Sozialtransfers insgesamt 31% des gesamten Haushaltseinkommens bei, bei Ein-Eltern-Haushalten sogar 37% und bei Familien mit drei oder mehr Kindern 29%. Die relativ hohen Anteile ergeben sich durch das unterdurchschnittliche Erwerbseinkommen, das in Zusammenhang mit einer geringeren Erwerbsbeteiligung der Mütter steht. Die hohe Armutsgefährdungsquote dieser Familien macht deutlich, dass Transferleistungen die Gefährdung zwar lindern, aber in der Regel die Absicherung durch ein Vollerwerbseinkommen nicht ersetzen können.

Bei Menschen mit Behinderung und ihren Haushaltsangehörigen stammt mehr als die Hälfte des Einkommens aus staatlichen Transferleistungen, wobei 38% auf Pensionen und 20% auf andere Sozialleistungen entfallen. Allerdings haben zum Beispiel BezieherInnen von Pflegegeld auch erhöhte Gesundheits- bzw. Pflegekosten.

Langzeitarbeitslose und ihre Familienangehörige sind ebenfalls besonders stark auf staatliche Sozialleistungen angewiesen: Bei diesen Haushalten machen Sozialleistungen durchschnittlich 57% des Einkommens aus. Trotzdem liegt die Gefährdungsquote für diese Gruppe bei 40%.

In Haushalten mit Personen ohne EU/EFTA-Staatsbürgerschaft kommen 28% des Haushaltseinkommens aus Sozialleistungen. Pensionen spielen in dieser Gruppe nur eine marginale Rolle (3%). Der Anteil von Sozialleistungen und Pensionen am Haushaltseinkommen ist damit bei AusländerInnen etwas geringer als bei Haushalten, in denen nur ÖsterreicherInnen leben.

21. Die Differenz zur Gesamtzahl der Armutsgefährdeten ergibt sich aus der Zahl der seit dem vorangegangenen Jahr unter die Gefährdungsschwelle gerutschten Personen sowie den in einen armutsgefährdeten Haushalt Geborenen oder Zugewanderten.

## Anteil von Sozialleistungen und Pensionen am Haushaltseinkommen

	Anzahl Personen in 1.000	Median des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Jahr in EUR	relativer Anteil am verfügbaren Haushaltseinkommen		
			Sozialleistungen	Pensionen	Sozialleistungen plus Pensionen <sup>1</sup>
			in %		
<b>Gesamt</b>	<b>8.182</b>	<b>27.371</b>	<b>16</b>	<b>21</b>	<b>36</b>
<b>Haushalte mit Pension</b>	1.560	19.650	2	92	94
Alleinlebende Männer	129	18.589	0	99	100
Alleinlebende Frauen	431	14.036	1	97	98
Mehrpersonenhaushalte	999	27.582	2	88	91
<b>Haushalte ohne Pension</b>	6.623	31.230	19	4	23
Alleinlebende Männer	353	17.820	21	1	21
Alleinlebende Frauen	306	16.863	18	1	19
MPH ohne Kinder	1.909	37.157	12	8	20
<b>Haushalte mit Kindern (ohne Pension)</b>	4.055	36.253	22	3	25
Ein-Eltern-Haushalt	335	21.091	37	0	37
MPH + 1 Kind	1.463	38.272	17	3	20
MPH + 2 Kinder	1.486	37.080	20	3	23
MPH + mind. 3 Kinder	771	40.422	29	3	31
<b>Haushalte mit ...</b>					
Behinderung	1.285	24.266	20	38	58
Arbeitslosigkeit					
• Kurzzeit <6 Monate	794	31.760	23	4	27
• Langzeit ≥ 12 Monate	451	18.138	57	7	63
ausl. Mitglied (aus Nicht EU/EFTA)	809	26.179	28	3	30
Eingebürgerten (ohne ausl. Staatsb.)	342	26.240	23	8	31
nicht armutsgefährdet	7.155	30.801	13	20	33
armutsgefährdet	1.027	9.841	36	24	60

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006. - Personen in Haushalten. - Haushalt mit ausländischen Mitgliedern und Haushalt mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend: Haushalte mit Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA enthalten per Definition keine AusländerInnen. Sozialleistungen umfassen Familien-, Bildungs-, Arbeitslosen-, Gesundheitsleistungen, Sozialhilfe und Wohnbeihilfe.

1) Aufgrund von Rundungen können die Zahlen in dieser Spalte von der Summe der Zahlen in den zwei Spalten davor abweichen.

Mit EU-SILC kann berechnet werden, wie viele Menschen vor dem Erhalt von Sozialleistungen armutsgefährdet sind. Dazu werden nur Einkünfte aus Arbeit, Besitz und aus privaten Transfers berücksichtigt und mit der Armutsgefährdungsschwelle verglichen. Nach Berücksichtigung von Sozialleistungen bleibt das Einkommen von 13% der Bevölkerung unter der Gefährdungsschwelle. Ohne Berücksichtigung der Auszahlung von Sozialleistungen ist die Armutsgefährdungsquote mit 25% fast doppelt so hoch. Wenn auch Pensionen unberücksichtigt bleiben, sind sogar 43% der Bevölkerung unter der Gefährdungsschwelle. Demnach haben 3,5 Millionen Menschen ein Einkommen, das geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle, wenn weder Pensionen noch Sozialleistungen berücksichtigt werden.

Je nach Altersstruktur und Zusammensetzung des Haushalts sind unterschiedliche Sozialleistungen

von Bedeutung. Zum Beispiel wären praktisch alle PensionistInnen ohne ihre Pension armutsgefährdet, da sie in der Regel eben über keine sonstigen Einkünfte verfügen.

Familienleistungen können hingegen in Haushalten mit Kindern die Armutsgefährdung um mehr als die Hälfte reduzieren. In Haushalten mit einem Kind sinkt die Armutsgefährdung auf Grund der Sozialleistungen von 21% auf 8%, in Haushalten mit zwei Kindern von 29% auf 11% und in Haushalten mit drei und mehr Kindern von 47% auf 16%. Mehr als die Hälfte, nämlich 53% der Personen in Ein-Eltern-Haushalten, sind vor Erhalt von Sozialleistungen armutsgefährdet. Diese Quote halbiert sich zwar dank der Sozialleistungen, die Gefährdung bleibt aber mit 27% immer noch weit über dem Durchschnitt.

## 16. Armutsgefährdung

In Haushalten ohne Pension (als Haupteinkommensquelle) und ohne Kinder sind es vor allem Leistungen in Zusammenhang mit Gesundheit und Arbeitslosigkeit, die die Armutsgefährdung senken: Für Mehrpersonenhaushalte reduziert sich

die Armutsgefährdung um die Hälfte. Letztendlich hat diese Gruppe ein Risiko von nur 8%. Bei alleine lebenden Personen würde das Risiko ohne Sozialleistungen für Männer 31% (statt 19%) und für Frauen 30% (statt 22%) betragen.

### Armutsgefährdungsquoten vor Bezug von Sozialleistungen

	Anzahl Personen in 1.000	Armutsgefährdungsquote			
		nach Sozialleistungen und Pensionen	vor Pensionen u. Sozialleistungen	vor Pensionen	vor Sozialleistungen
		in %			
<b>Gesamt</b>	<b>8.182</b>	<b>13</b>	<b>43</b>	<b>30</b>	<b>25</b>
<b>Haushalte mit Pension</b>	1.560	16	97	96	18
Alleinlebende Männer	129	(9)	(99)	(99)	(9)
Alleinlebende Frauen	431	28	99	99	30
MPH	999	12	96	95	15
<b>Haushalte ohne Pension</b>	6.623	12	30	15	27
Alleinlebende Männer	353	19	31	19	31
Alleinlebende Frauen	306	22	33	26	30
MPH ohne Kinder	1.909	8	21	13	16
<b>Haushalte mit Kindern (ohne Pension)</b>	4.055	12	34	15	31
Ein-Eltern-Haushalt	335	27	53	30	51
MPH + 1 Kind	1.463	8	22	9	21
MPH + 2 Kinder	1.486	11	32	14	29
MPH + mind. 3 Kinder	771	16	51	20	47
<b>Haushalt mit jüngstem Kind</b>					
bis 3 J.	1.161	16	47	19	44
4 bis 6 J.	600	17	37	19	35
über 6 J.	2.341	9	28	13	24
<b>Haushalt mit ...</b>					
Behinderung	1.285	16	65	49	32
Arbeitslosigkeit					
Kurzzeit <6 Monate	794	9	36	16	31
Langzeit >= 12 Monate	451	40	81	47	78
ausl. Mitglied (aus Nicht EU/EFTA)	809	28	52	31	51
Eingebürgerten (ohne ausl. Staatsb.)	342	14	43	20	36

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006. - Personen in Haushalten. Haushalt mit ausländischen Mitgliedern und Haushalt mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend. - Familienleistungen: Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatl. Unterhaltsvorschüsse. - Bildungsleistungen: Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen. - Arbeitslosenleistungen: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Altersteilzeit (Betrag vom AMS), Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, Vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, andere Arbeitslosenleistungen. - Gesundheitsleistungen: Krankengeld, Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension von Personen unterhalb des Pensionsalters, sonstige Unfall- und Krankenleistungen. - Sozialhilfe: Einmalzahlungen und Dauerleistungen. - Lesehilfe: Die Armutsgefährdung beträgt in der Gesamtbevölkerung 13%. Würde man bei gleichbleibender Schwelle die Armutsgefährdung anhand des Einkommens ohne Sozialtransfers und Pensionen berechnen, würde sie 43% betragen, ohne Familien- und Bildungsleistungen würde die Armutsgefährdung 19% betragen.

Ist ein Haushalt von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, stammt ein Großteil des Einkommens aus Arbeitslosenleistungen. Durch diese und andere Sozialleistungen wird das Armutsrisiko von 78% auf 40% gesenkt.

Eine besondere Bedeutung bei der Reduktion des Armutsrisikos haben Sozialtransfers und Pensionen in Haushalten mit Behinderung. Ohne Sozialtransfers und Pensionen wären statt 16% rund zwei Drittel dieser Haushalte armutsgefährdet.

Für Haushalte mit Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sind Pensionen auf Grund der Alterstruktur nur von geringer Bedeutung. Besonders wichtig sind für AusländerInnen aber Familienleistungen sowie Arbeitslosen- und Gesundheitsleistungen. Insgesamt führen staatliche Leistungen bei Haushalten mit AusländerInnen (Nicht-EU/EFTA) zu einer Senkung der Armutsgefährdungsquote von 51% auf 28%.

## 16.5. Armutsgefährdung in Österreich und der Europäischen Union

Ein fairer Ressourcenzugang aller Menschen ist ein gemeinsames Ziel des Koordinierungsverfahrens zur Verbesserung der sozialen Eingliederung in den EU Mitgliedsstaaten.<sup>22</sup> Die Armutsgefährdungsquote und -lücke gelten dafür als primäre Leitindikatoren. Im EU-Vergleich hat Österreich bei beiden Indikatoren eine vergleichsweise günstige Position.

In den 27 EU-Mitgliedsstaaten leben etwa 78 Millionen Menschen mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle des jeweiligen Aufenthaltslandes. Dies entspricht rund 16% der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich dazu ist die Armutsgefährdungsquote für Österreich 13%.

### Armutsgefährdungsquoten und -lücken in der Europäischen Union, 2005

	Quote	Lücke
Tschechien	10	17
Niederlande	10	17
Dänemark	12	17
Schweden	12	22
Slowakei	12	20
Slowenien	12	19
Österreich	13	15
Finnland	13	14
Frankreich	13	19
Deutschland	13	20
Luxemburg	14	19
Bulgarien	14	17
Malta	14	21
Belgien	15	19
Zypern	16	19
Ungarn	16	24
Estland	18	22
Irland	18	16
Portugal	18	23
Polen	19	25
Verein. Königreich	19	23
Rumänien	19	23
Spanien	20	26
Italien	20	24
Litauen	20	29
Griechenland	21	26
Lettland	23	25

Niedriger als in Österreich ist die Gefährdungsquote vor allem in den Niederlanden und in Tschechien, wo jeweils rund 10% der Bevölkerung gefährdet sind. Wesentlich höher ist die Armutsgefährdung in allen südlichen und baltischen Staaten sowie Ungarn, Polen, Irland und Großbritannien. Am höchsten ist die Gefährdung in Griechenland und Lettland mit Gefährdungsquoten von 21% bzw. 23%.

Die Armutsgefährdungslücke zeigt, dass das mittlere Einkommen der Armutsgefährdeten in den

### EU-Armutsgefährdungsschwellen pro Jahr (Kaufkraftstandards gegenüber Österreich)

	Einpersonenhaushalt
Luxemburg	17.360
Verein. Königreich	10.819
<b>Österreich</b>	<b>10.711</b>
Niederlande	10.095
Belgien	10.003
Dänemark	9.893
Zypern	9.752
Irland	9.620
Deutschland	9.202
Frankreich	9.198
Schweden	9.149
Finnland	9.070
Italien	8.510
Spanien	7.600
Slowenien	7.567
Malta	7.109
Griechenland	6.822
Portugal	5.262
Tschechien	5.046
Ungarn	3.724
Slowakei	3.634
Estland	3.461
Polen	3.082
Litauen	2.836
Lettland	2.754

Quelle: EUROSTAT, EU-SILC 2006.

Kaufkraftstandards sind als Eurobeträge zu interpretieren. Grundlage sind vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern.

22. Weitere Ziele sind die Förderung von Arbeitsmarktteiligung und Sozialschutz sowie koordinierte strategische Interventionen unter Beteiligung möglichst vieler Akteure und Politikbereiche.

EU-Staaten um 21% niedriger ist, als die jeweilige Armutsgefährdungsschwelle. In Österreich ist diese Einkommenslücke mit 15% ebenfalls deutlich kleiner als in den anderen Staaten. Die Intensität der Armutsgefährdung ist in Österreich sogar geringer als in jenen Ländern, die eine niedrigere Gefährdungsquote aufweisen. Die sogenannte Ausgleichszulage ermöglicht für viele BezieherInnen von Pensionen eine soziale Mindestsicherung nahe der Gefährdungsschwelle. Nur in Finnland ist der Abstand der Armutsgefährdeten geringer zur Schwelle. Die größte Intensität der Gefährdung besteht in Litauen, wo die Lücke nahezu 30% beträgt.

Nach der konventionellen Methode von Eurostat werden die Gefährdungsschwellen für jedes Land separat bemessen. Die Armutsgefährdungsschwellen der EU-Staaten variieren entsprechend

den unterschiedlichen Lebensstandardniveaus. Derzeit haben nur Luxemburg und das Vereinigte Königreich höhere Gefährdungsschwellen als Österreich. Deshalb kann sogar mit Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft eine armutsgefährdete Person in Österreich einen dreimal besseren Lebensstandard haben, als armutsgefährdete Personen im Nachbarland Slowakei. Ein gemeinsamer, preisbereinigter Schwellenwert für jene 22 EU-Staaten, für die derzeit EU-SILC Daten verfügbar sind<sup>23</sup>, würde bei rund 7.200 EUR (= 600 EUR pro Monat) liegen. In Österreich haben 3% der Bevölkerung bzw. etwa 250.000 Menschen ein Einkommen unter dieser Schwelle. Umgekehrt wären aber rund 142 Millionen Menschen in diesen Ländern (38%) nach dem österreichischen Standard armutsgefährdet.

### 16.6. Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation in Österreich

Ein alltagsnaher Zugang zur Armut setzt bei der Lebensführung an. In Zusammenarbeit von Statistik Austria und dem Institut für Soziologie der Universität Wien wurde empirisch erhoben, was den Mindestlebensstandard in Österreich ausmacht.<sup>24</sup> Die Auswahl von Merkmalen für finanzielle Deprivation folgte drei Kriterien. 1) Es wurden nur Merkmale verwendet, die auch regelmäßig in EU-SILC erhoben werden. 2) Diese Merkmale müssen von Armutsbetroffenen und der Mehrheitsbevölkerung überwiegend als absolut notwendig für den Mindestlebensstandard in Österreich bezeichnet werden. 3) Es werden nur Merkmale berücksichtigt, die explizit auf die Leistbarkeit abzielen. Beispielsweise geht es im Falle von Einschränkungen bei der Ernährung nicht um freiwilligen Verzicht sondern darum, ob die finanziellen Mittel grundsätzlich ausreichen, um Grundbedürfnisse zu erfüllen. Für die Berichterstattung steht nun erstmalig eine weitgehend konsensuell abgeleitete, trennscharfe Definition der finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung. Demnach sollten sich in Österreich alle Menschen leisten können:

- Die Wohnung angemessen warm zu halten
- Regelmäßige Zahlungen (Miete, Betriebskosten) rechtzeitig zu begleichen
- Notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche
- Unerwartete Ausgaben (z.B. Reparaturen) zu finanzieren

- Neue Kleidung zu kaufen
- Jeden 2. Tag Fleisch, Fisch, Geflügel oder vegetarische Speisen zu essen
- Freunde oder Verwandte zum Essen einzuladen.

Für jeweils über ein Drittel der Befragten gehört zum Mindeststandard, dass man Freunde oder Verwandte zum Essen einladen, oder man sich jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen leisten kann. Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten halten es für absolut notwendig, sich neue Kleidung kaufen zu können und unerwartete Ausgaben tätigen zu können (z.B. für Reparaturen). Für 72% ist der Mindeststandard nicht mehr erfüllt, wenn ein notwendiger Besuch beim Arzt oder Zahnarzt nicht mehr leistbar ist. Der größte Konsens besteht über die Notwendigkeit regelmäßige Zahlungen rechtzeitig zu begleichen (80%) und die Wohnung angemessen warm halten zu können (93%). Für die ausgewählten Lebensbereiche kann angenommen werden, dass diese über einen längeren Zeitraum für einen absoluten Mindeststandard relevant sind. Die Bedeutung des sozialen und technologischen Wandels wäre aber in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

Je mehr solcher Benachteiligungen zutreffen, desto eindeutiger ist von einer „deprivierten Lebensführung“ auszugehen. Demnach würde die

23. Derzeit keine vergleichbaren Daten verfügbar sind für Deutschland, Slowenien, Malta sowie Bulgarien und Rumänien.

24. Wahrscheinlichkeitsstichprobe von 500 telefonisch befragten Personen. Till-Tentschert, U. & Weiss H. (2008), Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich, Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich, Arbeitspapier 1. Wien.

überwiegende Mehrheit in Österreich eine Notlage bei jenen Menschen annehmen, deren Haushalte sich zwei oder mehr der genannten Dinge nicht leisten können. Diese Definition ist konkreter als in der bisherigen Berichterstattung<sup>25</sup> und zielt ausschließlich auf finanzielle Deprivation ab. Im Unterschied zur Armutsgefährdung zeigt die finanzielle Deprivation, ob Menschen mit ihrem Einkommen auch auskommen können. Dies ist insbesondere bei steigenden Verbraucherpreisen ein wichtiger Indikator für Armut. Außerdem wird implizit berücksichtigt, ob Menschen mit einem niedrigen Einkommen aufgrund anderer Ressourcen fähig sind, ihren Bedarf zu decken. Denn finanzielle Möglichkeiten hängen neben dem Einkommen auch vom Zugang zu Krediten, Ersparnissen und informeller Unterstützung ab.

Die Definition von Deprivation als finanzieller Einschränkung soll nicht suggerieren, dass Ausgrenzung bereits durch die „richtige“ Verwendung von minimalen Mitteln und Geldzuwendungen beseitigt ist.<sup>26</sup> Ein moderner Sozialstaat muss sich an der Vielschichtigkeit der Lebenslagen jenseits der Verfügbarkeit finanzieller Mittel orientieren. Um solche Probleme gezielt beobachten zu können, werden

deshalb separate Indikatoren beispielsweise zur Gesundheit oder Wohnsituation berücksichtigt.

Nahezu ein Viertel der Bevölkerung hätte Probleme, unerwartete Ausgaben in Höhe von 800 EUR, zum Beispiel für dringende Reparaturen, zu tätigen. Jede/r Zehnte kann es sich nicht leisten, Freunde oder Verwandte einmal im Monat nach Hause zum Essen einzuladen. Fast ebenso viele müssen beim Essen sparen und verzichten auf Fleisch oder vergleichbare vegetarische Speisen. Knapp 400.000 Personen bzw. 5% der Bevölkerung können sich keine neue Kleidung leisten. Jeweils etwa 300.000 Personen können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten bzw. haben Zahlungsrückstände, etwa bei der Miete. Immerhin 150.000 Personen leben in einem Haushalt, wo mindestens ein Mitglied einen Arzt oder Zahnarzt benötigen würde, diesen aber aus finanziellen Gründen nicht aufgesucht hat.

Finanziell deprivierte Lebensführung in mindestens zwei der genannten Bereiche tritt bei insgesamt rund 1,2 Mio. Menschen auf. Die Deprivationsquote bei Armutsgefährdeten ist mit 39% etwa dreieinhalb-mal höher, als bei nicht armutsgefährdeten Menschen (11%).

### Personen, die sich den Mindestlebensstandard nicht leisten können

	armutsgefährdete Menschen		nicht armutsgefährdete Menschen		Gesamtbevölkerung	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
<b>Personen mit finanziell deprivierter Lebensführung</b>	399	39	768	11	1.168	14

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006

Aus der Kombination von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation ergeben sich vier unterschiedliche Armutslagen. Als manifeste Armut werden in Österreich jene Armutslagen bezeichnet, bei denen Armutsgefährdung gleichzeitig in einer finanziell eingeschränkten Lebensführung offensichtlich wird. Ein Teilhabemangel besteht hingegen dann, wenn Menschen zwar aktuell ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle haben, aber trotzdem finanziell depriviert sind. Als Einkommensmangel wird eine Armutslage mit armutsgefährdendem Einkommen, aber ohne Merkmale für finanzielle Deprivation bezeichnet. Kein Mangel liegt vor, wenn weder Armutsgefährdung noch finanzielle Deprivation eine Benachteiligung anzeigen. Diese Unterscheidung verweist auch auf

unterschiedliche Interventionsmöglichkeiten. Bei einem reinen Teilhabemangel können beispielsweise kostengünstige Wohnmöglichkeiten, Zuschüsse für regelmäßige Zahlungen (Betriebskosten, Kinderbetreuung) oder sozialarbeiterische Betreuung (z.B. Schuldenberatung) ein wirksames Mittel sein, um die Lebenssituation zu verbessern. Bei Personen mit reinem Einkommensmangel sind hingegen bessere Transferleistungen angezeigt. Menschen in manifesten Armutslagen können sowohl von höheren Transfereinkommen als auch von geringeren Lebenskosten profitieren.

Insgesamt sind bei mehr als drei Viertel der Bevölkerung die verfügbaren Mittel als ausreichend für eine Mindestteilhabe am normalen Leben einzu-

25. Vgl. Lamei, N. Till-Tentschert, U. (2005). Messung von Armutsgefährdung und Deprivation, Statistische Nachrichten, Heft 4/2005, S. 349ff.

26. Bis heute wird hingegen in der britischen Armutsforschung die zwischen individuellem (Fehl-) Verhalten und einem objektiven gegebenen Mangel an Mitteln unterschieden. Vgl. Berthoud, R. Bryan, M (2008) 'Deprivation Indicators How do indices of material deprivation work? What interpretation should be put on the situation of households with low incomes who are not deprived – and vice versa?', Univ. of Essex <http://www.iser.essex.ac.uk/conferences/efss08/docs/briefing.pdf> [21.7.2008].

### Armutslagen

		Finanzielle Deprivation	
		Nein	Ja
Armutgefährdung	Nein	kein Mangel 78%	Teilhabemangel 9%
	Ja	Einkommensmangel 8%	manifeste Armut 5%

stufen. Bei 22% der Bevölkerung sind die verfügbaren Mittel unzureichend, weil entweder Armutsgefährdung oder finanzielle Deprivation vorliegt. Von diesen insgesamt rund 1,8 Millionen Menschen haben etwa 768.000 Personen bzw. 9% der Bevölkerung einen Teilhabemangel, der nicht in Zusammenhang mit Armutsgefährdung steht. Von einem Mangel an Einkommen sind weitere 628.000 Menschen betroffen, das sind 8% der Bevölkerung. Schließlich sind knapp 400.000 Menschen bzw. 5% der Bevölkerung manifest arm und daher sowohl von finanzieller Deprivation als auch Armutsgefährdung betroffen.

Die Messung von finanzieller Deprivation berücksichtigt auch subjektive Bewertungen. Konkrete Lebensumstände (z.B. Kleidung, Ernährung) werden von den Befragten im Hinblick auf die für sie insgesamt verfügbaren Ressourcen beurteilt. Die Liste der Merkmale schließt dabei auch unerwartete Ausgaben ein, die in der Regel nicht aus dem laufenden Einkommen finanziert werden (z.B. Reparaturen). Einzelbewertungen der Leistbarkeit liefern daher ein umfassendes Bild der finanziellen Möglichkeiten. Auf die Frage, ob das Einkommen ausreichend ist, geben nur etwa 17% der manifest armen Personen an, dass sie große Schwierigkeiten haben, damit auszukommen. Natürlich ist dieser Anteil wesentlich höher als bei Personen, die sich in keiner Armutslage befinden. Die Diskrepanz von finanzieller Deprivation und dem Einge-ständnis, dass das Einkommen unzureichend ist, kann durch spezifische Bewältigungsstrategien und Ressourcen entstehen. Viele Menschen, die sich bei dem für die Bevölkerung selbstverständlichen Mindestlebensstandard stark einschränken, haben offenbar gelernt, auch mit extrem geringen Mitteln zurechtzukommen.<sup>27</sup> Dies zeigt, wie wichtig es ist, finanzielle Deprivation anhand von konkreten Merkmalen der Lebensführung festzumachen.

Jede Armutslage hat ein charakteristisches Zufriedenheitsprofil. Rund 85% der Erwachsenen ohne Gefährdung oder Deprivation sind mit ihrem Leben

ziemlich oder sogar sehr zufrieden. Dieser Anteil ist beinahe doppelt so hoch wie bei manifest armen Personen. Umgekehrt ist bei manifester Armut der Anteil jener, die mit ihrem Leben ziemlich oder sehr unzufriedenen sind etwa 11-mal so hoch als bei den Personen ohne Mangel.

Politische Interventionen konzentrieren sich in der Regel vor allem auf objektive Lebensbedingungen wie unter anderem das Einkommen, den Arbeitsplatz oder Kinderbetreuungseinrichtungen. Aber auch die bewusste Bewältigung der eigenen Lebenssituation ist ein wesentliches Kriterium für die soziale Lage und ihr politisches Potential. Beispielsweise kann starke Unzufriedenheit entweder auf erhöhte Mobilisierung zur Änderung der eigenen Lage oder auf Resignation und Rückzug aus dem sozialen Leben hinweisen. Tatsächlich ist der Anteil der sozial isolierten Menschen in Armuts-lagen besonders hoch. Etwa 15% der Menschen in einer manifesten Armuts-lage haben nicht einmal einen telefonischen Kontakt zu Freunden, Verwandten oder Nachbarn pro Woche. Nur 7% der Menschen ohne Mangel sind in diesem Sinne sozial isoliert. Ebenso hoch ist bei den nicht gefährdeten und nicht deprivierten Menschen der Anteil der Personen, die in einem Notfall nicht mit Unterstützung aus ihrem sozialen Umfeld rechnen. Bei manifest armen Personen liegt der Anteil der Personen, die über kein belastbares Netzwerk verfügen, bei 20%. Jede/r fünfte manifest Arme ist demnach in sozialer Hinsicht „hilflos“. Der soziale Rückzug bzw. Ausschluss kann hier sowohl als Folge als auch als Ursache einer Armuts-lage interpretiert werden. Es ist davon auszugehen, dass eine Verschlechterung der materiellen Situation eine Erosion von sozialen Beziehungen zur Folge hat. Plausibel ist aber auch, dass eine Stärkung sozialer Kompetenzen, etwa im Rahmen von Schul- und Bildungsförderung, durch psychologische Beratung, Selbsthilfeinitiativen oder politisches Engagement wesentlich zur Verbesserung von Armuts-lagen beitragen kann.

27. Ein methodisches Problem besteht zusätzlich darin, dass subjektive Bewertungen nur für den Zeitpunkt der Befragung möglich sind, während Armutsgefährdung sich jeweils auf das Gesamteinkommen im Jahr vor der Befragung bezieht.

## Subjektive Bewertungen und soziale Isolation in Armutslagen

	Gesamt	kein Mangel		Einkommensmangel		Teilhabemangel		manifeste Armut	
	in 1.000	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
<b>Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren</b>	6.769	5.332	100	492	100	619	100	325	100
große Schwierigkeiten mit Einkommen	164	36	1	13	3	62	10	54	17
ziemlich/ sehr unzufrieden mit dem Leben	99	35	1	-	-	26	4	35	11
sozial isoliert <sup>1</sup>	559	378	7	40	8	89	14	52	16
keine Hilfe <sup>2</sup>	645	404	8	67	14	110	18	64	20

Quelle: Statistik Austria EU-SILC 2006.

- 1) keine oder seltener als 1 x pro Woche Kontakt mit Freunden, Verwandten oder Nachbarn.  
 2) die Person rechnet im Notfall nicht mit Unterstützung durch das soziale Netzwerk.

## 16.7. Armutslagen in ausgewählten Risikohaushalten

Die höchste Armutsgefährdung haben Personen, die direkt oder indirekt von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Insgesamt lebt mehr als die Hälfte dieser 450.000 Menschen in einer Armutslage. Ein Viertel befindet sich sogar in einer manifesten Armutslage.

Auch von den 463.000 Personen die hauptsächlich von Sozialleistungen (ohne Altersleistungen) leben, befinden sich rund die Hälfte in einer Armutslage.

Die Quote der manifesten Armut ist jedoch mit 19% etwas geringer als bei Langzeitarbeitslosenhaushalten.

Etwas mehr als 800.000 Personen in Österreich leben in einem Haushalt mit Migrationshintergrund. Davon befinden sich mehr als 100.000 Menschen – bzw. 13% – in einer manifesten Armutslage. Weitere 340.000 Menschen leben in einem Haushalt mit einer eingebürgerten Person. Zwar ist auch hier

### Armutslagen in ausgewählten Risikohaushalten

	Gesamtbevölkerung (=100%)	kein Mangel		Teilhabemangel		Einkommensmangel		manifeste Armut	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
<b>Gesamt</b>	<b>8.182</b>	<b>6.387</b>	<b>78</b>	<b>628</b>	<b>8</b>	<b>768</b>	<b>9</b>	<b>399</b>	<b>5</b>
Haushalt mit Langzeitarbeitslosigkeit (12 Monate)	451	200	44	70	16	70	15	112	25
Haushalte mit hauptsächlich Sozialleistungen (ohne Langzeitarbeitslosenhaushalte)	463	221	48	91	20	64	14	87	19
Ein-Eltern-Haushalte	335	180	54	49	14	66	20	41	12
Haushalte mit AusländerInnen (nicht EU/EFTA)	809	445	55	117	15	139	17	107	13
Alleinlebende Frauen mit Pension	431	262	61	71	16	46	11	52	12
Haushalte mit Behinderung (im Erwerbsalter)	730	473	65	42	6	132	18	82	11
Haushalte mit Eingebürgerten (ohne AusländerInnen)	342	231	68	37	11	62	18	11	3
Alleinlebende Frauen ohne Pension	306	212	69	38	13	26	9	29	10
Mehrpersonenhaushalte mit 3 oder mehr Kindern	771	572	74	92	12	72	9	35	5
Haushalte mit jüngstem Kind 4-6 Jahre	600	454	76	79	13	41	7	26	4

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006.

das Gefährdungsrisiko erhöht, allerdings ist der Anteil der manifest Armen mit 3% deutlich geringer. Mit insgesamt 118.000 Menschen zählen MigrantInnen der ersten Generation jedenfalls zu den größten Gruppen unter den 400.000 Menschen in einer manifesten Armutslage.

Andere Risikogruppen, in denen mehr als die Hälfte der Personen in einer Armutslage lebt, sind Ein-Eltern-Haushalte (12% manifeste Arme) und alleine lebende Frauen mit Haupteinkommensquelle Pension (12%). Auch Menschen mit Behinderung und

ihre Haushaltsangehörigen (11%) sowie alleine lebende Frauen ohne Pension (10%) zeigen eine mehr als doppelt so hohe Betroffenheit von manifester Armut wie die Gesamtbevölkerung.

Personen in Haushalten mit drei oder mehr Kindern sind überdurchschnittlich häufig armutsgefährdet. Dennoch sind Mehrpersonenhaushalte mit vielen Kindern oder Haushalte mit Kindern unter drei Jahren seltener von finanzieller Deprivation betroffen. Die Quote der manifesten Armut liegt mit rund 4% bis 5% eher im Bevölkerungsschnitt.

### Ausgewählte Merkmale für mangelnde Eingliederung bei Kindern

	Kinder	
	in 1.000	in %
<b>Gesamt</b>	1.697	100
<b>Die Wohnung der Familie ist...</b>		
überbelegt	223	13
feucht, schimmelig	190	11
<b>Die Familie kann sich nicht leisten...</b>		
die Wohnung angemessen warm zu halten	84	5
jeden 2.Tag Fleisch oder vegetarische Speisen zu essen	170	10
neue Kleider zu kaufen	88	5
Freunde zum Essen einzuladen	158	9
Urlaub mit der Familie zu machen	533	31
<b>Die Familie besitzt keinen ...</b>		
Internetanschluss	611	36
DVD-Player	348	20
PC/Laptop	306	18
<b>Armutslage der Familie</b>		
kein Mangel	1.268	75
Einkommensmangel	155	9
Teilhabemangel	186	11
manifeste Armut	88	5

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006.

Von den rund 1,7 Millionen Kindern und Jugendlichen sind rund 90.000 von manifester Armut betroffen. Etwa jedes 10. Kind wächst in einem Haushalt auf, der sich bei der Ernährung einschränken muss. Bei jeweils 5% der Kinder können sich die Eltern die Anschaffung neuer Kleidung und das Heizen nicht leisten. Diese Merkmale spiegeln schwierige finanzielle Rahmenbedingungen, in denen Kinder aufwachsen. Die Lebenssituation der Kinder wird damit jedoch nur schlecht wiedergeben. Es kann davon ausgegangen werden, dass junge Menschen Armut anders wahrnehmen und bewältigen als Erwachsene. Wenn sich ein Haushalt bestimmte Konsumgüter leisten kann, heißt das noch nicht, dass auch tatsächlich die Bedürfnisse und Zukunftschancen von Kindern erfüllt sind. Umge-

kehrt werden viele Eltern versuchen, ihren Kindern einen besseren Lebensstandard zu ermöglichen als sich selbst. Derzeit laufen Vorbereitungen zur Erhebung von Merkmalen der sozialen Eingliederung von Kindern im Rahmen von EU-SILC 2009. Zumindest zwei relevante Merkmale konnten bereits aus den vorhandenen Daten identifiziert werden, über deren Notwendigkeit breiter Konsens besteht: die Zugänglichkeit eines Computers und persönlicher Freiraum wie ein eigenes Zimmer oder einen eigenen Arbeitsplatz.

Ungeachtet der raschen Verbreitung neuer Technologien leben laut EU-SILC 2006 noch immer rund 100.000 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 7 und 14 Jahren (etwa 15%) in einem Haushalt ohne PC.<sup>28</sup> Dieser Anteil ist bei Erwachsenen

28. Ob an einem anderen Ort ein geeigneter Computerzugang besteht wurde nicht erhoben.

zwar mehr als doppelt so hoch, ein fehlender Computer kann aber für die Ausbildungschancen der Kinder und Jugendlichen schwerer wiegen. Rund 90.000 Kinder und Jugendliche (etwa 12%) derselben Altersgruppe leben in einer überbelegten

Wohnung. Insgesamt haben etwa eine halbe Million Kinder keine Möglichkeit, zumindest eine Woche im Jahr gemeinsam mit der Familie auf Urlaub zu fahren.

## 16.8. Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich

Armutsgefährdung ist ein Anzeichen einer sozialen Spaltung und verweist auf Lücken in der durch Arbeitsmarkt, Familie und Sozialstaat gewährleisteten finanziellen Absicherung. Für Österreich lässt sich diese Lücke mit knapp 2 Mrd. EUR bzw. 0,8 Prozent des BIP beziffern. Diese Summe ergibt sich, wenn der jeweilige Differenzbetrag zur Armutsgefährdungsschwelle über alle armutsgefährdeten Haushalte zusammengezählt wird. Allerdings werden durch die Armutsgefährdungs- oder Deprivationsquote nur finanzielle Einschränkungen erfasst. Bei Erwerbspersonen und deren Angehörigen werden allgemeine Risiken wie Krankheit, Alter und vorübergehende Arbeitslosigkeit oft bereits im sogenannten ersten sozialen Netz der Sozialversicherung und Pensionsleistungen abgefangen. Zunehmende Lebenserwartung und rasch ablaufende Veränderungen der Wirtschaftsstruktur stellen diese klassischen Sicherungsinstrumente vor große Herausforderungen. Gleichzeitig ist die Einbindung in die Sozialversicherung durch eigene Erwerbstätigkeit und die Anspruchsberechtigung von Angehörigen durch Jugendarbeitslosigkeit, Abweichungen von Normalbeschäftigungen und brüchigen familiären Beziehungen gefährdet. Dies führt zu einem qualitativen Wandel der sozialen Absicherung.

Mit sozialer Eingliederung ist nun der Prozess gemeint, in dem von Armut und Ausgrenzung bedrohte Menschen die Mittel und Chancen erhalten, um wirtschaftlich, sozial und kulturell in einer Gesellschaft integriert zu sein. Indikatoren zur Eingliederung können sich einerseits darauf beziehen, welche Maßnahmen in diesen Bereichen gesetzt wurden (Input). Andere Kennzahlen für Eingliederung stellen wiederum die konkreten Lebensbedingungen der Menschen (Output) in den Mittelpunkt. Vor allem auf diese zielt das im Jahr 2001 beim Europäischen Rat von Laeken beschlossene Indikatorensystem für Eingliederung (vgl. Atkinson et al. 2004). Im Jahr 2006 wurden die Koordinierungsverfahren zu Pensionen, Gesundheit und Eingliederung zusammengefasst und das Indikatorenset entsprechend gestrafft. Es besteht aus einem übergreifenden Set an Leitindikatoren (overar-

ching portfolio) sowie thematischen Schwerpunktindikatoren. Im eigentlichen Arbeitsbereich der sozialen Eingliederung gibt es Indikatoren zur Einkommensverteilung, Beschäftigung und Bildung. Um Problemlagen von besonderer nationaler Relevanz besser beobachten zu können, wurde im Zusammenwirken mit verschiedenen Akteuren von Statistik Austria zusätzlich ein Katalog mit nationalen Indikatoren erstellt, der die Formulierung nationaler Eingliederungsstrategien unterstützen soll. Die nationalen Indikatoren orientieren sich an den Bereichen Lebensstandardsicherung, Wohnraumversorgung, Bildungszugang, Teilnahme am Erwerbsleben und Gesundheitsversorgung.

### Wohnintegration für Menschen in Armutslagen

Das Wohnen zählt neben Kleidung und Nahrung zu den elementarsten Voraussetzungen der sozialen Eingliederung und wird auch von der Mehrheitsbevölkerung als absolute Notwendigkeit für den Mindestlebensstandard bewertet. Angemessene Größe, Wohnqualität und leistbarer Wohnraum können als grundlegende Merkmale für Wohnintegration angesehen werden. Eine akzeptable Wohnsituation bedeutet jedoch nicht, dass auch ausreichend finanzielle Mittel vorhanden sind. Ebenso sind Wohnprobleme nicht immer das Resultat eines niedrigen Einkommens. Eine entscheidende Rolle hat der Wohnungsmarkt, also die Verfügbarkeit und der Preis von Wohnraum. Eine überbelegte Wohnsituation tritt auch häufig in Übergangsphasen der Familiengründung auf. Ebenso können qualitative Einschränkungen für einen urbanen Lebensstil oder geringe Wohnkosten teilweise bewusst in Kauf genommen werden. Schließlich kann eine prekäre finanzielle Situation oder Überschuldung auch eine Folge davon sein, dass die Erhaltung von Wohnungseigentum nicht leistbar ist. Wohnungspolitische Interventionen, beispielsweise geförderte Wohnraumsanierungen, sind deshalb nicht ausschließlich einkommensbezogen. Folglich werden Indikatoren zur Benachteiligung im Wohnbereich getrennt von der finanziellen Deprivation ausgewiesen.

## Wohnintegration in Armutslagen

	Gesamtbevölkerung	kein Mangel	Einkommensmangel	Teilhabemangel	manifest arm
Personen gesamt (in 1.000)	8.182	6.387	628	768	399
davon von Wohnproblemen betroffen (in %):					
Wohnkosten ohne Betriebskosten über 25% des Einkommens	8	3	34	9	39
Überbelag	19	6	18	17	31
Wohnumgebungsbelastung	9	8	8	11	14

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006. - Zahl der Wohnräume bei Überbelag: bei 2 Personen weniger als 2; 3-4 Personen weniger als 3; 5-6 Personen weniger als 4; 7-8 Personen weniger als 5; 9 oder mehr Personen weniger als 6.

Den stärksten Zusammenhang mit dem Einkommen weist definitionsgemäß die Wohnkostenbelastung auf. Bei etwa 8% der Bevölkerung (rund 650.000 Menschen) übersteigen die Kosten für Miete oder Kreditrückzahlungen ein Viertel des verfügbaren Einkommens. Bei Personen, die weder armutsgefährdet noch finanziell depriviert sind, liegt dieser Anteil bei nur 3%. Das Risiko einer solchen Wohnkostenbelastung liegt bei Personen in einer manifesten Armutslage hingegen bei 39%.

Zur Beurteilung der Wohnqualität werden in EU-SILC vier Merkmale erhoben, die von der Mehrheitsbevölkerung als absolute Notwendigkeiten eingestuft wurden:

- Ist ein WC in der Wohnung vorhanden?
- Ist die Wohnmöglichkeit feucht oder schimmelig?
- Ist sie besonders dunkel?
- Gibt es eine Waschküche oder eine eigene Waschmaschine?

Rund 277.000 Menschen bzw. drei Prozent der Bevölkerung sind bei zwei oder mehr dieser Merkmale benachteiligt. Prekäre Wohnqualität betrifft 12% der Personen in manifesten Armutslagen und ist damit sechsmal höher als bei Personen, die keinem finanziellen Mangel ausgesetzt sind.

Überbelag ergibt sich aus dem Verhältnis von Personen im Haushalt und Wohnräumen. 31% der Personen in einer manifesten Armutslage – aber lediglich 6% der Personen ohne finanziellen Mangel leben – in einer überbelegten Wohnung. Insgesamt sind rund 600.000 Personen von Überbelag in einem Mehrpersonenhaushalt betroffen. Die Wohnungserhebung im Rahmen des Mikrozensus weist zumindest beim Überbelag auf eine deutliche Reduktion der Betroffenenanzahl um 38% zwischen 2005 und 2007 hin.<sup>29</sup>

Auch Kriminalität, Lärmbelastung oder Umweltverschmutzung werden von der Bevölkerung als schwere Beeinträchtigung des Mindestlebensstandards qualifiziert. 9% (rund 708.000 Menschen) fühlen sich von zwei oder drei dieser Probleme betroffen. Unterschiede zwischen den Armutslagen sind geringer als bei anderen Wohnungsindikatoren, dennoch bleiben manifest arme Personen (14%) stärker betroffen als andere Gruppen.

### Eingliederungschancen durch Aktivierungsressourcen

Bescheidene finanzielle Möglichkeiten können soziale Teilhabe erschweren oder unmöglich machen. Für die Zukunftsperspektiven von Betroffenen macht es aber einen großen Unterschied, ob in einer finanziell schwierigen Situation andere Ressourcen vorhanden sind, auf die zurückgegriffen werden kann. Letztlich hängt auch die Chance auf erfolgreiche sozialpolitische Intervention davon ab, ob ein Haushalt überhaupt über die Voraussetzungen einer Aktivierung verfügt. Gesundheitliche Versorgung, Bildungsaktivitäten und die Teilnahme am Erwerbsleben können dabei als besonders relevant angesehen werden.

### Eingliederungschancen durch Teilnahme am Erwerbsleben

Bei den beschäftigungsbezogenen Eingliederungsindikatoren nimmt Österreich im EU-Vergleich eine verhältnismäßig günstige Position ein. In Österreich waren im Jahr 2006 nur etwa 1,3% (rund 50.000 Personen) der erwerbsaktiven Personen länger als 11 Monate arbeitslos. Im EU-Schnitt ist dieser Wert beinahe dreimal so hoch (3,6%). Auch der Anteil der 18 bis 59-jährigen Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten liegt in Österreich mit 8,8% etwas unter dem Durchschnitt der EU-Staaten (10%). Die Quote der Arbeitsmarktfremden ist ein nationaler Leitindikator, der sich durch

29. Im Unterschied zu EU-SILC werden dabei aber auch Küchen als Wohnräume gewertet.

den Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64) definiert, die weder erwerbstätig noch arbeitslos sind.<sup>30</sup> Dieser Indikator deutet für den Zeitraum zwischen 2005 und 2007 auf eine leichte Verbesserung von 10,3% auf 9,6% (578.000 arbeitsmarktferne Personen) hin. Ein Rückgang bei der Quote der Arbeitsmarktfernen war insbesondere für Frauen zu beobachten (von 16,1% auf 15,1%). Auch die ebenfalls als nationale Leitgröße definierte Erwerbstätigenquote zeigt, dass der Anteil der Personen mit einer Erwerbstätigkeit im Ausmaß von mehr als 15 Stunden zwischen 2005 und 2007 von 65,0% auf 67,3% (rund 3,7 Millionen Menschen) gestiegen ist.

Erwerbsaktivität stellt die Nähe zum Arbeitsmarkt her. Gleichzeitig ermöglicht Erwerbstätigkeit in der Regel eine gewisse soziale Absicherung. Dennoch sind dies keine hinreichenden Kriterien der Eingliederung. Bei 23% der Bevölkerung, die in einem Haushalt mit mindestens einer erwerbstätigen Person leben – bzw. bei etwa 1,6 Millionen Menschen – liegt das im Haushalt verfügbare Erwerbseinkommen (einschließlich Familienleistungen) unter der Gefährdungsschwelle. Dies tritt insbesondere auf Personen zu, die nur in eingeschränktem Umfang erwerbstätig sind wie beispielsweise Menschen mit Behinderung (73%), Ein-Eltern-Haushalte (53%) und Personen ohne weiterführenden Bildungsabschluss (62%). Ein spezieller Indikator für die Erwerbschancen von Familien ist daher auch der Anteil der Väter und Mütter, die aufgrund von Betreuungspflichten nicht oder nur in reduziertem Stundenausmaß am Erwerbsleben teilnehmen können. Etwa 70.000 Personen (4% der Eltern) sind in diesem Sinne von Erwerbshindernissen durch Betreuungspflichten betroffen. Ein geringes Erwerbseinkommen ist schließlich teilweise auch durch niedrige Stundenlöhne bedingt. Nach vorläufigen Schätzungen der Statistik Austria bleiben im Jahr 2005 rund 150.000 Personen bzw. rund 5% der Unselbständigen (ohne Lehrlinge) selbst bei einer Vollzeitbeschäftigung unterhalb eines Mindestlohns von 1.000 EUR pro Monat.

### **Eingliederungschancen durch den Erwerb von Bildung<sup>31</sup>**

Mit rund 20% der Personen ab 25 Jahren ohne weiterführende Schulbildung liegt Österreich besser als der EU-25 Durchschnitt (30%). Der Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die ihre Schulkarriere bereits beendet haben, ist mit 10% zwar relativ hoch, die Quote der frühen SchulabgängerInnen ist aber

ebenfalls noch unter dem EU-25 Durchschnittswert von 15%. Schlechter als der EU-Durchschnitt ist Österreich hinsichtlich der Lesekompetenz im PISA-Test. Die niedrigste Kompetenzstufe wurde bei SchülerInnen in Österreich mit 21,5% häufiger als in anderen EU-Staaten festgestellt. Im Durchschnitt der 23 EU-Staaten mit verfügbaren Daten hatte eine/r von fünf SchülerInnen deutliche Leseschwächen.

Einer der nationalen Indikatoren bezieht sich auf Personen, die schulische oder berufliche Bildungsaktivitäten unternehmen. Ihr Anteil an der Bevölkerung ab 15 Jahren lag für die Jahre 2005 bis 2007 unverändert bei rund 15%. Eine wesentliche Grundlage der Sprachentwicklung und pädagogischen Förderung von Vorschulkindern sind Kindergärten. Wird dies als qualifizierte pädagogische Leistung anerkannt, dann ist auch der Besuch solcher Bildungseinrichtungen ein wesentlicher Indikator für spätere Bildungschancen. In der Gruppe der 3- bis 5-Jährigen liegt die Besuchsquote bei 83,3%.

### **Eingliederungschancen durch Sicherung von Gesundheit**

Physische und psychische Gesundheit ist eine fundamentale Voraussetzung für die Beteiligung am Erwerbsleben und die aktive Teilnahme an der Gesellschaft. Einer der drei Arbeitsbereiche des sozialpolitischen Koordinierungsverfahrens in der Europäischen Union bezieht sich daher speziell auf Gesundheit und Langzeitpflege. Gesundheitszustand, Übergewicht als stark sozial determinierte Erkrankung und sozial bedingte Lebenserwartungsdifferenzen sind aber in dem nationalen Indikatorenkatalog für die soziale Eingliederung enthalten.<sup>32</sup> Bisher wurden Krankheit, Behinderung und ein subjektiv sehr schlechter Gesundheitszustand in der Armutsberichterstattung als Anzeichen für Deprivation gewertet. Dies hat sich als problematisch erwiesen, da sich in diesem Indikator vor allem Einschränkungen durch den natürlichen Alterungsprozess spiegeln. Eine separate, insbesondere nach dem Alter differenzierte Betrachtung erlaubt hingegen sinnvolle Rückschlüsse auf zwei wichtige Aspekte der Eingliederung: Einerseits schränken gesundheitliche Probleme die Erwerbsmöglichkeiten ein, andererseits können gesundheitliche Belastungen erhöhte Kosten bei den Betroffenen verursachen. Insgesamt haben mehr als eine halbe Million Menschen gesundheitliche Probleme. Davon befinden sich 238.000 Personen im

30. Personen, die in Ausbildung stehen oder pensioniert sind, werden nicht berücksichtigt.

31. Quellen der Bildungsindikatoren sind die Arbeitskräfteerhebung, PISA Daten der OECD sowie die Kindertagesheimstatistik.

32. Auch die Inanspruchnahme von Vorsorge- oder Kontrolluntersuchungen ist als Merkmal für soziale Eingliederung geplant.

Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren. In einer manifesten Armutslage ist der Anteil der Personen mit Gesundheitsproblemen mehr als viermal so hoch wie bei Personen ohne finanziellen Mangel. Die Hochrechnung ergibt eine Gesamtzahl von rund 38.000 manifest armen Personen die von zumindest zwei Gesundheitsproblemen betroffen sind. Unter den berücksichtigten Problemen ist der

Zusammenhang mit chronischen Krankheiten besonders deutlich. 37% der manifest armen Personen bzw. hochgerechnet etwa 83.000 Personen sind betroffen.

Übergewicht wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nach dem sogenannten Body-Mass-Index (BMI) berechnet.<sup>33</sup> Übergewicht gilt als eine

### Übersicht der nationalen Indikatoren für soziale Eingliederung\*

Indikator	Referenz-jahr	Absolut (gerundet)	in %	Tendenz seit 2004
DAUERARMUTSGEFÄHRDUNGSANTEIL (in % der Armutsgefährdeten)	2006	531.000	52	n.v.**
DEPRIVATIONSQUOTE (in % der Bevölkerung)	2006	1.168.000	14	+
STANDARDISIERTES MEDIANEINKOMMEN (absolut und % Veränderung gegenüber Vorjahr)	2006	17.900 EUR	+5%.	+
EINKOMMENS LÜCKE (in % vom BIP)	2006	2 Mrd. EUR	0,8	+
ÜBERBELAG (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	2007	283.000	4	-
UNZUMUTBARER WOHNUNGS-AUFWAND (in % der Bevölkerung)	2006	1.370.000	17	+
PREKÄRE WOHNQUALITÄT (in % der Bevölkerung)	2006	277.000	3	O
BELASTUNG DURCH WOHN-UMGEBUNG (in % der Bevölkerung)	2006	708.000	9	O
ARBEITSMARKTFERNENQUOTE (in % der Bev. im Erwerbsalter o. Ausbildung/Pension)	2007	578.000	10	-
ERWERBSTÄTIGENQUOTE (in % der Bev. im Erwerbsalter)	2007	3.730.000	55	+
LANGZEITARBEITSLÖSENANTEIL (in % der Arbeitslosen)	2007	50.000	27	+
HAUSHALTSEINKOMMEN AUS ERWERBSARBEIT UNTER GEFÄHRDUNGSSCHWELLE (in % der Personen in Erwerbstätigenhaushalten)	2006	1.570.000	23	O
NIEDRIGE STUNDENLÖHNE (in % der Erwerbstätigen)	2006	145.000	5	+
ERWERBSHINDERNISSE durch BETREUUNGSPFLICHTEN (in % der Eltern)	2007	69.000	4	O
BILDUNGS-AKTIVITÄT (in % der Bevölkerung ab 15 Jahren)	2006	1.249.000	15	O
VORSCHULBILDUNGSCHANCEN (in % der 3-5 Jährigen)	2006	201.000	83	n.v.
BILDUNGSFERNE JUGENDLICHE (in % der 16- bis 19-Jährigen)	2007	38.000	10	O
GESUNDHEITSPROBLEME (in % der Bevölkerung ab 15 Jahren)	2006	510.000	8	O
STARKES ÜBERGEWICHT (in % der Bevölkerung ab 15 Jahren)	2006	859.000	12	n.v.
SOZIALE LEBENSERWARTUNGS-DIFFERENZEN (Differenz der Lebensjahre zwischen höchster und niedrigstem Bildungsstand)	2002	M: 6,2 Jahre W: 2,8 Jahre	n.v.	n.v.

Quelle: Statistik Austria 2008.

\* Lesehilfe siehe nächste Seite.  
\*\* nv – nicht verfügbar.

33. Der BMI entspricht dem Verhältnis von Körpergewicht und dem Quadrat der Körpergröße. Menschen mit BMI über 30 gelten als übergewichtig. Bei einem 1,73 Meter großen Mann wird Übergewicht beispielsweise ab einem Gewicht von 90, bei einer 1,58 m großen Frau ab 75 Kilogramm angenommen.

Krankheit (Adipositas), die in engem Zusammenhang mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Gelenksbeschwerden steht und häufig auch psychosoziale Belastungen verursachen kann. Insgesamt sind in Österreich etwa 859.000 Personen bzw. 12% der Bevölkerung ab 15 Jahren betroffen. Starkes Übergewicht steht heute in engem Zusammenhang mit sozialen Benachteiligungen. Unter Kontrolle der Alterszusammensetzung ist das Adipositasrisiko bei armutsgefährdeten Frauen doppelt so hoch wie bei Frauen aus der höchsten Einkommensgruppe (über 150% des standardisierten Medianeinkommens). Ein stark erhöhtes Adipositasrisiko ist auch bei Personen ohne weiterführenden Bildungsabschluss und AusländerInnen zu beobachten. Das sozialbedingte Adipositasrisiko ist bei Männern etwas geringer, liegt aber beispielsweise im Falle von Armutsgefährdeten noch immer um 50% über dem der Männer in der höchsten Einkommensgruppe.

Die schichtbezogene Sterblichkeit zeigt schließlich, dass ein Mangel an Eingliederung im Durchschnitt auch einen früheren Tod bedeutet.<sup>34</sup> Män-

ner mit einem Universitäts- oder Hochschulabschluss leben durchschnittlich um über 6 Jahre, Frauen um knapp 3 Jahre länger als Personen ohne weiterführenden Bildungsabschluss. Zumindest drei Erklärungsmodelle können unterschieden werden: Erstens kann eine höhere Bildung unmittelbar zu einem bewussteren Gesundheitsverhalten etwa bei Ernährung, Genussmitteln oder Vorsorge beitragen. Zweitens verringert der mit einer höheren Bildung einhergehende bessere berufliche Status und das höhere Einkommen die körperlichen Belastungen und ermöglicht etwa durch Privatversicherungen eine bessere Gesundheitsversorgung. Schließlich können Gesundheitsprobleme oder Behinderungen die gemeinsame Ursache von Ausgrenzungen z.B. im Bildungsbereich und einer höheren Sterblichkeit sein. Welche dieser Einflussgrößen dominant ist, kann schwer abschließend beurteilt werden. Bestehen bleibt das Faktum, dass soziale Eingliederung alle Bereiche des Lebens umfasst und strategische Interventionen buchstäblich lebenswichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sein können.

### Lesehilfe zur Übersicht der Indikatoren für soziale Eingliederung

**DAUERARMUTSGEFÄHRDUNGSANTEIL:** Rund 530.000 Personen bzw. 52 Prozent der armutsgefährdeten Personen leben in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten. Das Jahreseinkommen dieser Haushalte lag in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unter der Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des Medianeinkommens, d.h. rund 900 Euro pro Monat für einen Einpersonenhaushalt zuzüglich 450 Euro für jeden weiteren Erwachsenen bzw. 270 für jedes weitere Kind).

**DEPRIVATIONSQUOTE:** Rund 1,17 Millionen Menschen bzw. 14 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in einem finanziell deprivierten Haushalt. Sie verfügen über so wenig Geld, dass mindestens zwei dieser Dinge nicht leistbar sind: neue Kleidung kaufen; die Wohnung warm halten; Miete, Strom rechtzeitig zahlen; alle zwei Tage Huhn, Fisch, Fleisch essen; unerwartete Ausgaben bezahlen; einmal im Monat Freunde oder Verwandte zum Essen einladen; notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche für alle Personen im Haushalt).

**STANDARDISIERTES MEDIANEINKOMMEN:** Der mittlere Lebensstandard in der Bevölkerung ist um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dieser Median-Lebensstandard wird von einem Einpersonenhaushalt erreicht, bei dem das insgesamt verfügbare Nettoeinkommen pro Jahr rund 17.900 Euro beträgt.

**EINKOMMENSLÜCKE:** Rund 2 Mrd. EUR (= 0,8% des BIP) waren erforderlich, um allen armutsgefährdeten Haushalten eine Aufstockung ihrer Einkommen auf das Niveau der Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen.

**ÜBERBELAG:** Rund 280.000 Menschen bzw. 4 Prozent der Bevölkerung leben in einer überbelegten Wohnung oder Haus (ausgenommen Einpersonenhaushalte). Die Zahl der Wohnräume bei Überbelag ist bei 2 Personen weniger als 2; 3-4 Personen weniger als 3; 5-6 Personen weniger als 4; 7-8 Personen weniger als 5; 9 oder mehr Personen weniger als 6. Als Überbelag gilt auch, wenn weniger als 16m<sup>2</sup> zur Verfügung stehen oder die Wohnräume durchschnittlich kleiner als 8 Quadratmeter sind.

34. Die schichtspezifische „Übersterblichkeit“ wurde für alle Todesursachen nachgewiesen: Klotz, J. (2007) Soziale Unterschiede in der todesursachenspezifischen Sterblichkeit, Statistische Nachrichten 11/2007, S 1010-1022.

**UNZUMUTBARER WOHNUNGSaufwand:** Rund 1,37 Millionen Menschen – 17 Prozent der Bevölkerung – müssen mehr als ein Viertel ihres Haushaltseinkommens für ihre Wohnkosten aufwenden (einschließlich Betriebskosten und Kreditrückzahlungen bei Wohnungs- oder Hauseigentum).

**PREKÄRE WOHNQUALITÄT:** Rund 280.000 Menschen bzw. 3 Prozent der Bevölkerung leben in einer Wohnung oder Haus, die kein WC oder Badezimmer hat, feucht, schimmelig oder dunkel ist oder über keine Waschmaschine oder Waschküche verfügt. (Der Indikator bezieht sich auf Personen bei denen 2 dieser 4 Merkmale zutrifft).

**BELASTUNG DURCH WOHNUMGEBUNG:** Rund 710.000 Menschen bzw. 9 Prozent der Bevölkerung sind durch Kriminalität, Lärm oder Umweltverschmutzung belastet. (Der Indikator bezieht sich auf Personen bei denen 2 dieser 3 Merkmale zutrifft).

**ARBEITSMARKTFERNENQUOTE:** Rund 580.000 Menschen bzw. 10 Prozent der Personen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) nehmen nicht am Arbeitsmarkt teil, sind also weder erwerbstätig noch arbeitssuchend (ausgenommen Personen in Ausbildung oder Pension).

**ERWERBSTÄTIGENQUOTE:** Rund 3,76 Millionen Menschen bzw. 55 Prozent der Personen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) sind für mindestens 16 Stunden Normalarbeitszeit pro Woche beschäftigt.

**LANGZEITARBEITSLosenanteil:** Rund 50.000 Menschen bzw. 27 Prozent der arbeitslosen Personen (nach ILO-Definition) sind bereits 12 Monate oder länger auf Arbeitssuche.

**HAUSHALTSEINKOMMEN aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle:** Rund 3 Millionen Menschen bzw. 37 Prozent der Bevölkerung erzielen ein Arbeitseinkommen (einschließlich Familienleistungen), das geringer als die Armutsgefährdungsschwelle ist.

**NIEDRIGE STUNDENLöhNE:** Rund 150.000 Menschen bzw. 5 Prozent der Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge) haben einen Bruttostundenverdienst von weniger als 5,77 EUR bzw. verdienen bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden weniger als 1.000 EUR pro Monat.

**ERWERBSHINDERNISSE durch Betreuungspflichten:** Rund 70.000 Menschen bzw. 4 Prozent der Eltern mit Kindern unter 17 Jahren sind wegen mangelnder Versorgung oder Zugänglichkeit von Betreuungseinrichtungen nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig.

**BILDUNGSaktivität:** Rund 1,25 Millionen Menschen bzw. 15 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren absolvieren gegenwärtig eine schulische oder berufliche Aus- bzw. Fortbildung.

**VORSCHULBILDUNGschancen:** Rund 200.000 Kinder bzw. 83 Prozent der Kinder im Vorschulalter (3-5 Jahre) besuchen einen Kindergarten.

**BILDUNGSFERNE JUGENDliche:** Rund 40.000 Jugendliche bzw. 10 Prozent der Jugendlichen (16 bis 24 Jahre) besuchen keine Ausbildung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS oder Matura) oder haben diese bereits abgeschlossen.

**GESUNDHEITSPROBLEME:** Rund 510.000 Menschen bzw. bei 8 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren ist der Gesundheitszustand in zumindest zwei Punkten subjektiv problematisch, entweder weil

- der Allgemeinzustand sehr schlecht eingeschätzt wird;
- auf Grund von starken gesundheitlichen Problemen oder einer Behinderung in der alltäglichen Lebensführung;
- oder einer chronischen Krankheit.

**STARKEs ÜBERGEWICHT:** Rund 860.000 Menschen bzw. 12 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren haben einen Body-Mass-Index (BMI) von 30 oder höher.

**soziale Lebenserwartungs-Differenzen:** Männer mit Hochschulabschluss leben im Durchschnitt um 6,2 Jahre bzw. Frauen mit Hochschulabschluss um 2,8 Jahre länger als Menschen mit Pflichtschulabschluss.